

Machbarkeit

Außenbereich incl. Grund-
fläche Wohnhaus = 2.700 m²

Bedarf:

Neubau Hort = 420 m²/960 m²

Neubau VGS= 624 m²/1.000 m²

Neubau GT = 991 m²/1.000 m²
ohne Aufschlag (10%)

Fazit: Neubau am Standort
Mitte bedeutet Veränderungen
am Parkplatz Halle



Kosten

Bezeichnung	Flächenbedarf	Incl. Aufschlag	BKI Januar 2017/Schule	Aufschlag 20 %
Neubau Krippe 2 Gruppen	216 m ²	238 m ²	606.900 €	728.280 €
Neubau Krippe 3 Gruppen	324 m ²	356 m ²	907.800 €	1.089.360 €
Umbau GS West Schätzung *	420 m ²		357.000 €*	428.400 €*
Neubau Hort an GS	420 m ²	462 m ²	1.178.100 €	1.413.720 m ²
davon ggf Nutzung Schule	150 m ²	s.u.		
Neubau für VGS 1 Standort	624 m ²	686 m ²	1.750.320 €	2.099.160 €
Neubau GTS 1 Standort	991 m ²	1.090 m ²	2.779.755 €	3.335.400 €
Anbau VGS Standort DHS	150 m ²	165 m ²	420.750 €	504.900 €

*Basis Kostenschätzung 1/3 BKI
Neubau auf Fläche



2.2 Umsetzung Bedarfsplanung Krippe

Sozialausschuss

Sozialausschuss – 19.4.2018

Standorte

- a) Altesesch Erweiterung 1 Gruppe
(Anbau notwendig wegen Sanitär und Ruheraum; Klärung Außenbereich) - Empfehlung der Verwaltung als Reserve
- b) Neubau im Bereich KiTa 2 – 3 Gruppen
(Grünfläche neben KiTa nutzen; Lösung der ausgelagerten Hortgruppe kann in diesem Zusammenhang erfolgen/ - **Nachnutzung**)
- **Zeifaktor** -
- c) Umbau Grundschule West 2 – 3 Gruppen
(Neue Krippeneinrichtung als Ersatz für bestehende)
- **Standortfaktor** -
- d) Ausbau Hort an GS Standort Mitte (Antrag SPD/CDU Gruppe)



Verwaltungsempfehlung zu Krippe

Ganzheitliches Betreuungskonzept sollte im Hauptort erhalten bleiben.

Verwaltungsseitig wird ein Neubau einer Krippe „auf der grünen Wiese“ empfohlen – unter Berücksichtigung einer gezielten Nachnutzung – auch innerhalb der nächsten Jahre (Beispiele: Gemeinbedarfseinrichtung/DRK/barrierefreies Wohnen, Tagespflege für Senioren)

Vorteile:

- Infrastruktur wird an zentraler Stelle sinnvoll ergänzt
- Auf Veränderungen kann reagiert werden

Nachteil:

- Versiegelung von Flächen
- Mehrkosten bei Planung und Bau für Flexibilität (20 %?)

Weiteres Vorgehen - Sozialausschuss

Politik:

Sichtung der Informationen durch die Fraktionen zur nächsten Sitzung

ggf. interfraktionale Arbeitsgruppe in 21/22 KW für weitere Informationen

Empfehlung am 07.06.2018 – bzw. VA am 14.06.2018

Verwaltung

Klärung Übergangslösungen für Bauzeit bis 07.06.18
(finanzielle Größenordnung Containerlösung)



**2.3 Ergänzung FDP/Bd.90/Die
Grünen – Elternumfrage sowie
2.4 Antrag der Grundschule zur
Standortfrage**

Schulausschuss

Antrag : Festlegung Ziel - 1 Standort

Rahmenbedingungen

Entscheidung bis Sommer!!

Im Antrag keine Angabe/Entscheidung über die Wahl des Standortes (unterschiedliche Meinungen liegen vor)

Begründung:

- organisatorische und personelle Probleme
- Sicherheit/Ruhe für die Eltern

Verbunden mit der Bitte:

- Diese Entscheidung sollte nicht verbunden werden mit der Frage einer zukünftigen Betreuungsform



Klärung Schulstandortfrage - Entwicklung

1) Zusammenlegung der Schulen (mit zwei Standorten) zum Sommer 2015/2016

- Informationsveranstaltung mit Lehrern/Eltern im März 2015

- „Sorge“ einer nachteiligen Behandlung und Schließung einer „Außenstelle“ über Eltern formuliert - Zusicherung

2) Jahrgangsbündelung zum Schuljahr 2017/2018

- Empfehlung aus der Lehrerschaft in Sitzung 2.5.2017 zur Lösung der Raumnot „im Hier und Jetzt“ und Optimierung der Lehrerversorgung

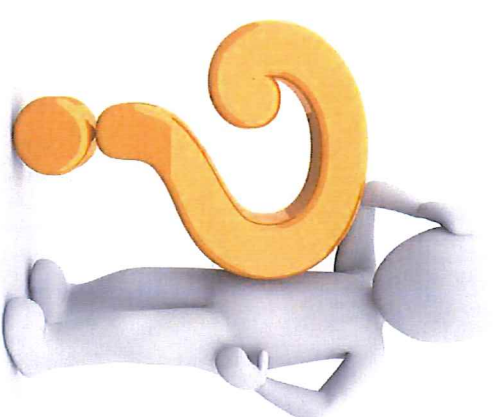
Konsequenz einer Entscheidung

- Standortfestlegung muss erfolgen
- Umsetzungspläne müssen erstellt werden
- Konzepte müssen erarbeitet werden
- Neubau von Klassenräumen/Nebenräumen an einer Stelle notwendig (vgl. Folie 12)
- Zeithorizont – Umsetzung muss bearbeitet werden (Priorität?)

Was / Wem nützt die Entscheidung

Ohne zeitliche Festlegung

Ohne inhaltliche Festlegung



Empfehlung der Verwaltung

Argument

- Sicherheit und Ruhe für die Eltern

Werden aus Sicht der Verwaltung durch die Festlegung auf einen Standort - ohne Klärung der Rahmenbedingungen - nicht erreicht.

Argument

- Organisation / Personaleinsatz

Rechtfertigt ohne Gesamtkonzept die Investition und die Folgekosten nicht

= Antrag kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht Entsprochen werden





Lemwerder
Zukunft am Fluss

**besser:
Bildung & Betreuung in
Lemwerder 2030**

Wiederaufnahme des Arbeitskreises

Festlegung Rahmenbedingungen

- 1) Politik muss Beteiligter sein/Lenkungsrunde
- 2) Ziel, Auftrag und Zeitplan muss klar beschrieben sein
 - Pro und Contra der Varianten darstellen
 - Beteiligung organisieren
- 3) Externer Moderator muss die Zielsetzung und Abarbeitung der Fragen im Auge haben
- 4) Politik entscheidet

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit**



Lernwerder
Zukunft am Fluss